

**Das Volkblatt**  
 Inhalt: jeden Sonntag  
 samstags. Der monatliche  
 Beitrag 70 Pf. (incl. des Monats  
 Beitrags) für den Postbezirk  
 80 Pf. für den Postbezirk  
 1.00 ohne Postgebühren.

**Die Frau Welt**  
 (wöchentlich erscheinende  
 Frauenzeitschrift - Beiträge)  
 kostet monatlich 10 Pf.

**Schriftleitung:**  
 Herz 46/44, Leipzigerstr. 200  
 Sperrstunden: nachmittags von  
 1-1 Uhr mittags.



**Sozialdemokratisches Organ**

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Saugerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

**Angewandte**  
 beträgt für die 46 mm breite  
 Zeitschrift ab dem 1. Januar  
 20 Pf. für monatliche An-  
 zahlung 2 Pf., Anzeigen unter  
 1000 (ohne Porto) 70 Pf.

**Angaben**  
 für die nächste Ausgabe: bis  
 zum 10. März in der  
 Geschäftsstelle des Organs  
 in Halle a. S. (Postfach 1000)  
 (Geldbescheinigung ist  
 erforderlich)

**Hauptverleger:**  
 Carl 46/44, Leipzigerstr. 200  
 Halle a. S. (Postfach 1000)  
 Telefon: 2000

**Deutsche Heeresberichte.**

Großes Hauptquartier, 25. Dezember 1915. (W. T. S.)  
**Westlicher Kriegsschauplatz.**

Westlich von La Bassée wurden die feindlichen gegen  
 andere Stellung vorgerichteten Minenanlagen durch eine  
 erfolgreiche Sprengung unserer Truppen zerstört. Sonst hat sich  
 nichts von Bedeutung ereignet.

**Ostlicher Kriegsschauplatz.**

An verschiedenen Stellen der Front fanden Patrouillen-  
 gefechte statt. Russische Aufklärungsabteilungen, die an  
 unsere Linie heranzukommen versuchten, wurden abgewiesen.

**Balkan-Kriegsschauplatz.**

**Nichts Neues.**

Großes Hauptquartier, 26. Dezember 1915. (W. T. S.)  
**Westlicher Kriegsschauplatz.**

Bei anhaltendem Regenwetter war die Geschützstät-  
 keit auf dem größten Teil der Front nur gering, lebhafter  
 in Gegenden nördlich von Albert, an einzelnen Stellen der Cham-  
 pagne und in den Vogesen nördlich von Senheim.

**Ostlicher Kriegsschauplatz.**

Deutsche Patrouillennenniederungen in Gegenden von Dinaburg  
 waren erfolgreich. Stärkere russische Erkundungsabtei-  
 lungen wurden nordwestlich von Gatoroff und Verchiansky  
 (südlich von Roff) abgewiesen.

**Balkan-Kriegsschauplatz.**

Die Lage ist im allgemeinen unverändert.

Großes Hauptquartier, 27. Dezember 1915. (W. T. S.)  
**Westlicher Kriegsschauplatz.**

Ein von den Franzosen nordlich von Reuville vor  
 anderer Stellung gegenprester Trichter ist von uns besetzt. Eine  
 feindliche Sprengung auf der Combres-Höhe richtete nur  
 geringe Beschädigungen an.

**Ostlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.**

**Nichts Neues.**

**Bericht des österreichischen Generalstabs.**  
 Wien, 25. und 26. Dezember. Russischer Kriegs-  
 schauplatz. Feindliche Kräfte, die sich nach dem gestern ab-  
 geschlagenen Angriffsbetrieb östlich von Maranca nahe vor  
 unseren Stellungen einzogezogen hatten, wurden nachts über-  
 fallen und vertreiben. 2 Wachposten getötet, 1 in unserer  
 Hand. Im Sumpfbereich der Polesie wurden an mehreren  
 Stellen starke feindliche Aufklärungsabteilungen zurückge-  
 worfen.

**Italienischer Kriegsschauplatz.**

Das feindliche Geschützfeuer gegen einzelne Stellungen  
 des Brindanesposten von Tolmeina dauerte tagelang fort. — Auf  
 dem Nordflügel des Altipino wurde der Vorstoß einer italia-  
 nischen Kompanie abgewiesen. — Änderungsberichte gegen  
 den Südrück der Hochfläche von Dobrovo wurden leicht abge-  
 wehrt.

**Von den türkischen Fronten**

Bericht des türkischen Hauptquartiers: An der Trak-  
 front macht die Umfassungsbewegung unausgesehrt  
 dem bei Kut el Amara bedrängten Feind von allen Seiten er-  
 folgreiche Fortschritte; die Beschießung der Stellungen und der  
 Besätze des Feindes in Kut el Amara hat gute Ergebnisse. —  
 An der Dardanellenfront hat unsere Artillerie am  
 24. Dezember vornehmlich einen feindlichen Kreuzer, welcher  
 sich im Meerbusen von Saros zu nähern vermute, dreimal ge-  
 schossen. In der Richtung der Westfronten sind die feindlichen  
 unsere Artillerie die feindlichen Schützenbatterien vor  
 unserer linken Flanke und richtete erheblichen Schaden an.

**Im Verken.**

Die Werbung und der Kampf um Verken gewinnen immer  
 mehr Bedeutung. Im Norden wird es von Russland be-  
 droht, im Osten von England (durch Indien) und vom  
 Westen her macht sich der türkische Einfluß geltend. In  
 Verken selbst bestehen große Schwierigkeiten und Auseinan-  
 setzungen.

Teheran, 25. Dezember. (Reuter.) Das Kabinett ist  
 aufgelöst. Der Schah ernannte den Prinzen Ferman Ferman  
 zum Ministerpräsidenten. Reuter erklärt das für einen großen  
 diplomatischen Sieg der Siegermächte.  
 Der russische Heeresbericht meldet einen großen Sieg russischer  
 über persische Truppen bei Teheran.

Die Biederhandabmachung an Anankhail. Nowsie Wicenia  
 meldet aus Tokio, daß die Verhandlungen an Anankhail  
 eine große Rolle spielten, welche die in Ostchina, aber  
 nicht bestimmten Zone gehalten sind und den Präsidenten  
 von der Folgen seiner Politik auf das nachdrücklichste zu warnen  
 wird. Besonders Japan könne den Vordringen in China nicht  
 verzeihen gegenüberstehen und habe das größte Interesse an  
 der Erhaltung des Statusquo in China. — Das sind keine an-  
 genehmen Gratulationen zur Kaiserwürde...

**Vom Balkan.**

Bulgariisch-griechischer Zwischenfall. Bei der Verfolgung der  
 Serben sind bulgarische Truppen, als sie das Meer des  
 Schwarz-See von Norden nach Süden entlang marschierten,  
 bei der Annäherung an Korubas, das am Südrand des Sees  
 auf albanischem Gebiet liegt, von griechischen Truppen  
 von deren Anwesenheit sie keine Kenntnis hatten, mit Ge-  
 wehrschüssen empfangen worden. Die griechischen  
 Soldaten, die von den Bulgaren gefangen genommen wurden,  
 wurden von diesen mit Freundlichkeit behandelt. Als Beweis ihrer  
 freundschaftlichen Gesinnung gab die bulgarische Regierung  
 der griechischen Seite bekannt, daß sie die Befreiung zur Vermeidung  
 derartiger Zwischenfälle von neuem eingeschärft hat.

Ein griechischer Protest? Der Londoner Daily Chronicle  
 will aus Athen erfahren haben, daß die griechische Regierung  
 neuerdings einen Protest gegen die bulgarische Verletzung  
 der griechischen Grenze durch die Bulgaren verfaßt  
 habe. Sie tat es, um dadurch ihre Unparteilichkeit zu  
 beweisen. Andererseits habe die griechische Regierung von den  
 Mächten die entsprechenden Versicherungen erhalten, daß das  
 besetzte Gebiet nach der Einstellung der Feindseligkeiten  
 unumwiderr zurückgegeben werden wird.

Keine Offensive des Bivernabonds von Saloniki aus? Die  
 Schweizer Mäler melden, daß von Saloniki aus vorerst  
 keine Offensive der Verbündeten zu erwarten ist. Die  
 Differenzen im Bivernabond über die Befreiung eines  
 großen Heeres in Saloniki weitergehen und der Widerstand  
 gegen die Verletzung von Streitkräften durch das schiffslagen  
 des Dardanellen-Unternehmens im Westen begreifen ist.

**551 108 englische Gesamtverluste.**

London, 24. Dezember. Amlich wird mitgeteilt, daß die  
 Verluste der Briten auf allen Kriegsschauplätzen bis zum 9.  
 Dezember betragen: an Mannschaften 110 923 tot, 338 758 ver-  
 wundet, 69 546 vermisst, an Offizieren 7367 tot, 13 365 ver-  
 wundet, 2149 vermisst.

England ist das einzige Land der Kriegsführenden, das eine  
 Gesamtsumme seiner Verluste kundgibt und es der Presse  
 erlaubt, diese Gesamtverlustsziffern zu veröffentlichen.

**Ungekündete Verluste an den Dardanellen.**

Der englische Staatssekretär Tennant teilte im Unter-  
 haufe mit, daß die Gesamtverluste an den Dardanellen ein-  
 schließlich der Marineoffiziere bis zum 11. Dezember be-  
 tragen: 1673 Offiziere und 23 670 Mann tot, 2969 Offiziere  
 und 72 222 Mann verwundet, sowie 377 Offiziere und 12 116  
 Mann vermisst. Von 25 April bis zum 11. Dezember wurden  
 außerdem 96 682 erkrankte Mannschaften in die Hospitäler auf-  
 genommen. Der Minister erklärte, man dürste aber an-  
 nehmen, daß die Zahl der Kranken sich jetzt vermindern werde.  
 Tennant meint offenbar, nach der Mäßigung von Suwa und  
 Anzac.

**Parteitag der französischen Sozialdemokratie**

Paris, 25. Dezember. Heute vermittelte hat der Sozia-  
 listische Landeskongress in Anwesenheit von 400 Ver-  
 tretern der Vereinigungen in den Departements, zahlreichen  
 Parlamentariern und den Ministern Buedes, Sembat und  
 Thomas begonnen; die Presse war nicht zugelassen.

Der 26. Dezember. Beim Pariser Sozialistenkongress  
 erhob sich eine heftige Aussprache darüber, ob die sozialistischen  
 Abgeordneten, die als Kongreßteilnehmer kein Mandat haben,  
 der Verammlung beizutreten dürfen. Die Pariser erboten  
 wegen der Vorteile im Seinerkongress am letzten Sonntag da-  
 gegen Einspruch. Schließlich fand ein Antrag Annahme, wo-  
 nach die Abgeordneten Zutritt haben, wenn ein Delegierter für  
 sie bürgt. Für die Presse wird täglich ein Protokoll ausge-  
 geben.

Die nächste Wahlung der Guerre Sociale an, daß sich vom  
 1. Januar ab der Name des Blattes ändere. Zudem ist den  
 alten Namen aufzugeben, sagt er, will ich den Namen unterstreichen  
 zwischen uns und den Sozialisten, die zu seinen  
 widerstreben. Heberleistungen zurücksetzte, und dem deutschen  
 Sozialismus, der intellektuell und moralisch Bankrott machte.  
 Ich will öffentlich zum Ausdruck bringen, daß die radikalsten  
 wie die reaktionärsten von uns mehr Vaterlandsliebe fühlen,  
 da sie den Krieg bis zur Ausrottung des menschlichen Mißver-  
 standes wollen, als die Sozialisten, die zu seinen  
 ungenügen einen deutschen Frieden anzunehmen geneigt sind.  
 Darum möchte ich einen Namen, der unseren Willen und unsere  
 Bewusstheit auf den Sieg anspricht: Vom 1. Januar ab heißt  
 die Guerre Sociale (Der soziale) La Victoire (Der Sieg).

**Nach Russland will nur „freigedehnt“ Frieden.**

Im Budgetausfluß der Duma hielt Minister des Inneren  
 Stojanow eine mehr als einstuellige Rede, wobei er ankündigte,  
 daß er ermächtigt sei, in der Verengerung der Kammer Er-  
 klärungen über die allgemeine politische Lage zu geben. Auf  
 eine Frage Stojanows über die Gerüchte betreffs Verhand-  
 lungen zum Gunsten des Friedens erklärte Stojanow entschieden,  
 daß diese Gerüchte unüberprüfbar und grundlos seien. Der Minister  
 bekräftigte noch, daß die russische Regierung die un-  
 erschütterliche Absicht habe, den Krieg bis zu seinem siegrei-  
 chen Ende zu führen. Der Ausspruch, nach welchem ein  
 von Stojanow ein eingehender Bericht an den Reichstag  
 über die Verhandlungen über die allgemeine politische Lage  
 freigegeben werden wird, daß Russland nicht an  
 Frieden denken wolle, so laue die Kraft Deutschlands  
 nicht getroffen sei.

**Die Parteien nach dem Kriege.**

Welche Stellung die Parteien nach Beendigung des Krieges  
 zueinander einnehmen werden, wird im wesentlichen von den  
 politischen Umständen abhängen, die dann zu lösen sein werden.  
 Alles, was zurzeit darüber an Vermutungen geäußert werden  
 kann, kann nur in mehr oder minder vagen Annahmen be-  
 stehen. Es wäre deshalb das richtige, daß man die Dinge erit  
 an sich herankommen ließe, um so mehr, als gegenwärtig, in der  
 Zeit des „Kriegslebens“, alles vermindert wird, nach während  
 des Krieges zu einer Verärgerung der Gesinnung führen  
 kann. Wenigstens in der Presse, denn daß in engeren Kreisen  
 die Missfälligkeiten über den Zustand nach dem Kriege manichal  
 in recht deutlicher Weise ausgesprochen werden, hat ja das  
 Offene Schreiben des Reichstagsabgeordneten und Landtags  
 a. D. von Bontin hinlänglich bewiesen.

Daß die Parteien und Parteimitglieder und infolgebeil-  
 auch die Märie der Parteien untereinander keine Zufallsbil-  
 dungen und Zufallsvereinigungen sind, sondern etwas not-  
 wendig aus den wirtschaftlichen Verhältnissen und Interessen-  
 gegenseitigen Heranzugewachsen, daß ja schon seinerzeit der  
 Reichstagsler Herr von Lehmann an Solowjew selbst zu-  
 geordnet, als er am 2. Dezember 1914 im Reichstag erklärte,  
 daß „Parteilämpfe an sich nicht Wertverwirklichen“ seien: „Wenn  
 es ohne Kämpfe im öffentlichen Leben legese, so würde bald  
 ungelungene Versuchung sich bemerkbar machen.“  
 Wenn schon der Reichstagsler inmitten des Krieges denartige  
 Auffassungen ausprücht, um wieviel mehr muß eine solche  
 Heberzeugung in der Hand der Parteien selbst verbreitet  
 sein. Auch Bontin ja, selbst wenn man in läutlichen Optimis-  
 mus die Notwendigkeit und Unvermeidbarkeit der Partei-  
 gegenseitige hinterlegen möchte, schon die ganze Weltgeschichte  
 auf jeder ihrer Seiten, daß die Parteigegenstände mit der ge-  
 schichtlichen Entwicklung unlosbar verbunden sind, ja geradezu  
 die Kraft bilden, um das Maß der Selbstgefühle vorwärts zu  
 bewegen.

Was deshalb Dr. Julius Bachem im roten Tag an Mei-  
 nungen und Wünschen über das Parteienleben nach dem Kriege  
 äußert, ist nichts als eine Ansicht, deren Verwirklichung man den  
 Verläufe der Dinge selbst überlassen könnte. Immerhin bieten  
 die Auslassungen Bachems selbst bereits die bequemen An-  
 knüpfungspunkte für den Nachweis dar, daß in Wirklichkeit die  
 Verhältnisse sich doch wesentlich anders gestalten werden als  
 Herr Bachem es veranschlagt.

Wenn Herr Bachem seinen Ausführungen den Satz hinzu-  
 fügt: „Das deutsche Volk wünscht und erwartet eine Ab-  
 schwächung der Parteikämpfe, besonders in den Volkser-  
 treutungen“, so steht dieser Behauptung die Tatsache gegenüber,  
 daß die Wünsche des deutschen Volkes zurzeit gar nicht hervor-  
 zutreten vermögen. Wenn Herr Bachem aber die vernünftige  
 Auffassung des deutschen Volkes damit begründet, daß die Auf-  
 gaben, die an das Deutsche Reich nach dem Kriege herantraten  
 werden, auf allen Gebieten so groß sein würden, daß es der  
 ungeteilten Kraft des ganzen Volkes bedürfte, um sie zu be-  
 wältigen, so fragt es sich eben, ob die Lösung dieser Aufgaben  
 nach dem einheitlichen Willen des Volkes zu erfolgen vermöge.

Sicherlich gäbe es kein schöneres Ideal, als wenn das von  
 den Vätern der Kriegführung befreite Volk sich voller Entmutig-  
 ung jeden großen Aufgaben entgegen hätte, die ihm nach dem  
 Kriege ganz richtig kam, namentlich auf sozialistischem Ge-  
 biet, in der ersten Reihe zu bewältigen sind. Aber gerade  
 wegen wirtschaftlicher, sozialpolitischer und finanzieller Fragen  
 ist bisher in Deutschland nicht in aller Welt der Kampf der  
 Parteien am lebhaftesten in Erscheinung getreten. Das Volk  
 besteht nicht aus einer einzigen Wirtschaftsguppe mit  
 gleichgerichteten Interessen, sondern es zerfällt in die ver-  
 schiedensten Gruppen mit den verschiedenartigsten Wirtschaftsinter-  
 essen. Und wenn schon jetzt während des Krieges sich eine Ver-  
 mittelung beider Elemente zwischen den Interessen der Konsumen-  
 ten und der Produzenten trotz aller Ansehensbehebungen  
 regierender Kreise nicht herbeiführen läßt, so wird erit recht  
 nach Beendigung des Krieges, wenn der ängstliche Hauch zur  
 Befestigung der Weltzustände entgegensteht, die im Aus-  
 gang der Kriege in der Welt zu bewältigen sind, die mit  
 der sozialen und finanziellen Aufgaben sich auseinandersetzen.  
 Wenn Herr Bachem aber gerade in Hinblick auf die großen  
 Aufgaben dieser Art den Grundfalsch aufstellt: „niesta non  
 movere (Die Ruhe nicht stören)“, also die parteipolitischen  
 Streitfragen solange auszuschalten, bis die ideale Lösung ge-  
 funden sein wird, so heißt das, die Dinge geradezu auf den  
 Kopf stellen! Es heißt das von der Annahme abzusehen, daß der  
 politische Streit wieder nur rein ideologischer Natur sein  
 werden, die mit dem einflussreichsten Wirtschaftsin-  
 teressen der einzelnen Gruppen nicht zu tun haben, gekümmert  
 werden ist, während in Wirklichkeit doch die Wirtschaftsumme  
 gerade auf der Grundlage der besonderen Wirtschaftsinteressen  
 einer Bevölkerungsguppe erwachsen wird, die sich ihrer ge-  
 meinsamen Interessen wegen zu einer Partei zusammenge-  
 schlossen haben. Wenn aber in Form sozialer Wirtschafts-  
 maßnahmen oder der Schaffung neuer Steuern die Wirtschafts-  
 interessen der Bevölkerung in den Vordergrund gerückt werden,  
 so kann man doch unmisslich erwarten, daß man die Parteien,  
 die zu Wahrnehmung der Wirtschaftsinteressen der hinter  
 ihnen stehenden Schichten geschaffen worden sind, von ihrem  
 parteipolitischen Standpunkte völlig abstrahieren, nur um den



...den die amnestierten Arbeiter: a) durch Anordnung und  
 möglichenfalls zwangsweise Beschäftigung in für den Kriegswesen  
 dienlichen Betrieben, b) durch Einführung einer  
 erhöhten Löhne für Kriegszeiten, die nicht höher als 20 Pro-  
 zent über den letzten durchschnittlichen Friedenslohn sein  
 dürfen, die mit dem Abbruch der Kämpfe zu beenden  
 sind. 2. Die Ausbarmung privater Betriebe für Zwecke der  
 Landwirtlichkeit hat da, wo ein wirtschaftliches Bedürfnis vor-  
 liegt, falls es nicht freiwillig geschieht, zwangsweise zu erfolgen.  
 An einem anderen Resolution wird größerer Willkürsinn ge-  
 fordert. — Bei der Verteilung des Getreides sollen insbesondere  
 die Gemeinden berücksichtigt werden, in denen keine Wäh-  
 lerschaft besteht, sich elektrisches Licht zu beschaffen. — Schließlich  
 wird die Regierung ermahnt, die Herabsetzung der Milchpreise  
 für Leber herbeizuführen.

## Aus der Partei.

### Das Echo der Parteipresse.

**Vorkommnisse Arbeiterzeitung.** Das Mitglied ist noch genug,  
 schon das feldische Beispiel wegen, ist ein Verzeichnis, das  
 weiterzuführen wird, wenn der demnächstige Parteitag nicht mit  
 größer Entschlossenheit und Willenskraft sein  
 Ziel einlegen wird. Die allergrößte Verurteilung ist  
 hier geboten, die zentralen Mittel sind gerade recht, wenn  
 man nicht will, daß die Kammer, die von der ganzen Welt  
 beobachtet wird, und Gegenstand des Neides der gesamten  
 Arbeiter, der Auffassung verfallen und der Anarchie preis-  
 gegeben soll.

Was wird nun kommen? Bürgerliche Blätter reden bereits  
 offen von der Spaltung der Partei. Soweit sie bei aller-  
 dings nicht nicht, wenn auch die dringende Gefahr besteht. Wie  
 sprechen die bestimmte Erwartung aus, daß die Spaltung  
 verhütet wird, denn dazu gehören nicht nur die Abgeord-  
 neten, sondern auch die Arbeiter. Inwiefern Arbeiter  
 aber können unmöglich wollen, daß ihre Organisation in  
 Trümmern zerfällt — sie selbst zur Schmach der Partei  
 und der Welt preisgegeben werden. Wir haben das Vertrauen  
 zu unseren Arbeitern, daß sie durch ein Mandat in ent-  
 scheidenden Moment der Parteireorganisation Einhalt gebieten  
 werden. Ein Parteitag wäre dringender, er muß  
 am 23. Dezember abgehalten werden.

**Stettiner Volksblatt.** Hat die Partei nicht die Kraft, den  
 Sozialismus zu organisieren, so ist der Arbeiter in der Zeit  
 der Spaltung schon tief in ihrem Inneren, daß sie ein Ziel  
 daran setzen wird. Schließlich wird die Notwendigkeit der  
 Gefährdung sich so stark geltend machen, daß nur kleine  
 Teile abspalten werden, die dem Ganzen eher zur Ge-  
 sundung als zum Schaden sein werden. In dieser Ver-  
 schiebung setzen wir alle Hoffnung auf die Gewerkschaften,  
 denen die Klassenkämpfe die Notwendigkeit der Einheit ein-  
 schärfen. Diese werden einen so starken Block bilden, daß  
 daran alle Separationen scheitern.

**Brandenburger Volksfreund.** Eine Gruppe von 20 Abge-  
 ordneten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat die  
 jüngste Kriegskriegsliste abgelehnt, die Mehrheit der Prolet-  
 arien hat den Kriegskriegslisten abermals zugestimmt. Der Prolet-  
 arien hat dem Reichstag eine Erklärung abgegeben, die eine Ver-  
 bindung mehr. Mit dem 21. Dezember beginnt eine neue Ent-  
 wicklung. Ein neuer Abschnitt nicht nur für die deutsche  
 Sozialdemokratie, sondern auch für die Internationale,  
 deren führende Sektoren immer noch die deutsche und fran-  
 zösische Sozialdemokratie sind. Der 21. Dezember ist der Be-  
 ginn einer neuen Entwicklung, er ist noch nicht die Ent-  
 wicklung selbst. Er ist eine zu erfüllende Aufgabe, nichts  
 mehr, aber auch nichts weniger.

### Der Karlsruher Sozialistenprospekt

Es nun vom Oberbürgermeister soweit vorbereitet, daß die Anträge  
 von den beteiligten Genossen und Genossinnen zugestimmt  
 sind. Es sind anderthalb des vertriebenen Landesverrats, gegen  
 durch Verbreitung eines Flugblattes, die Genossen Georg Dietrich,  
 Bernhard Krue, Willi Kimmig, Jakob Trabinger, Frau A. Hager,  
 schließlich in Karlsruhe; Frau Maria Jettin-Jündel und Friedrich  
 Wehmer in Stuttgart; Hans Lüttel, Karl Schwarz und Albert  
 Winterger in Ulm. Den letzteren dreien legt die Anklagebehörde  
 auch noch eine Anzeigung verschiedener Verdachtsklassen zu  
 Gewalttätigkeiten zur Last.

Steht der Verbreitung ist gegen die Eröffnung eines Haupt-  
 verfahrens ein Hindernis erhalten worden. Sollte es dennoch zur  
 Verurteilung von dem Reichsgericht kommen, so wird eine Einheits-  
 listigkeit in der Verbreitung herbeigeführt werden. Wahrscheinlich  
 wird der badische Landtagsabgeordnete Müller, Reichsanwalt in  
 Offenburg, für sämtliche Anklagedelikte in Leipzig die Verbrei-  
 tung führen. Es befindet sich immer noch in der Untersuchung-  
 stufe die Genossen Dietrich, Krue, Lüttel, Schwarz und Winter-  
 ger. Der Genosse Trabinger ist in der Zeit- und Wagnisfall  
 Alenau in ärztlicher Behandlung; gegen ihn soll das Verfahren  
 vorläufig eingestellt werden. Auch wird der Haftbefehl gegen ihn  
 aufgehoben. (Bismarck)

### Von den Internationalen Sozialisten Deutschlands.

Zu der Notiz, die wir vorgestern dem Ratemarsch entnehmen,  
 enthält uns Gen. Borchardt um Aufnahme folgender Notiz:  
 Die Abgeordneten Adolf Hoffmann und Georg Ledebour  
 beehren sich, dem Vorwärts, in den letzten Tagen sei  
 angehängt worden, die Internationalen Sozialisten Deutsch-  
 lands hätten ihre Vertretung in Bern dem polnischen Genossen  
 Dabek übergeben. In den Schlußsätzen hat kaum, nichts  
 gefunden. Auch in einem von der Zimmerwörter Zeitung ver-  
 öffentlichter Flugblatt steht es nicht. Ich bin deshalb leider  
 genötigt, festzustellen, daß die Abgeordneten Adolf Hoff-  
 mann und Georg Ledebour aus einem vertraulichen  
 Schreiben, das nicht an sie gerichtet war, eine Mitteilung ver-  
 öffentlicht haben, von der sie sich wohl selbst sagen konnten, daß  
 sie für gewisse Fragen und Fragen nicht bestimmt war. Dagegen  
 ist richtig, daß die Gegenpartei, die von den Abgeordneten  
 Adolf Hoffmann und Georg Ledebour vertreten wird.

mit den Internationalen Sozialisten Deutschlands nichts zu  
 tun hat. In dem erwähnten Schreiben liegt sogar ausdrücklich,  
 die Internationalen Sozialisten Deutschlands seien sich ver-  
 anlass, wofür sich und jener Opposition eine scharfe  
 Trennungslinie zu ziehen. Julian Borchardt,  
 Herausgeber und Redakteur der Sozialisten, Groß-Wichter-  
 lische bei Berlin, Heubergstraße 17.

## Uns tägliches Brot.

### Der Ernährungsbeitrag.

Der aus 15 Reichstagsmitgliedern bestehende Beir-  
 at, der gemeinsam mit dem Reichsamt des Innern, die Lösung  
 der Ernährungsprobleme zu beraten hat, soll nach  
 einem Besuche der Köln. Volkzeitung möglichst schnell und  
 entschlossen handeln. Mit Recht beruft das ultramontane  
 Blatt dazu, daß mit weiteren Neben diese wichtigen Fragen  
 weder mehr gefährt, noch gelöst werden können. — Von sozial-  
 demokratischer Seite sind für diesen Beirat vorgeschlagen die  
 Genossen Schmidt (Berlin), Ebert, Wolfenbüttel und  
 Bauer.

### Die hatten durch!

Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Westfalen hat  
 einstimmig eine Resolution angenommen, in der sie erklärt:  
 „Seitdem Kriegsmomente mit völliger Absperrung aller  
 Grenzen hat die deutsche Landwirtschaft aus eigener Kraft  
 das deutsche Volk ernährt. Das darf nicht vergessen werden!  
 Dieser Erfolg zahlreicher Arbeit beruht auf der Landwirtschaft in  
 ihrem unerschütterlichen Entschluß, soviel an ihr liegt, mit  
 gleichem Erfolge durchzuführen bis zum Ende des Krieges.  
 Sie wird sich in jeder vaterländischen Pflicht durch feierliche  
 unerschrockene Haltung und Verdienste, die sie mit Ent-  
 schiedenheit durchführt, vergrößern noch beitragen lassen. Wie  
 sie selbst liberal bereit ist, ihre Mühen stets zu bessern und  
 zu vergrößern, so erbittet sie von der Reichsregierung — nicht  
 zuletzt im Interesse der Verbraucher — bei allen unverschäm-  
 lichen Mißgriffen Maßnahmen auf die Erhaltung und Förderung  
 der Produktion bedacht zu sein. Eine genügende Pro-  
 duction liege ausreichende Versorgung der Bevölkerung.“

### Ueberräumige Rindviehschlachtungen.

Der offizielle Nachrichtenbericht für Ernährungsfragen teilt  
 der Presse folgendes mit:

In der letzten Zeit ist unser Rindviehschlachtungsstand durch allzu  
 zahlreiche Schlachtungen in bedenklicher Weise angegriffen  
 worden. In Berlin, wo während des ganzen Jahres 1913  
 98.000 Schlachtungen von Rindern einschließlich Jungtieren  
 geschlachtet worden waren, hat man allein im November 1915  
 20.000 Rinder geschlachtet, während im Oktober und November  
 1914 — also, zu einer Zeit, in der die Schlachtungen über den  
 durchschnittlichen Jahresdurchschnitt hinaus abfielen — die  
 Zahl der Schlachtungen für beide Monate immerhin erst 36.000  
 betrug. Die Vermehrung der Schlachtungen, die weder reich-  
 licheres Angebot an frischem Fleisch, noch einen entsprechenden  
 Preisrückgang für die Verbraucher, sondern lediglich vergrößerte  
 Fülle der Abnehmerindustrie zur Folge hat, ist volkswirt-  
 schaftlich höchst bedauerlich und hat zu einem gewissen  
 Grade gefährlich. Wird Jüngere oder Jungvieh abgeschlachtet,  
 so bedeutet das einen unmittelbaren und empfindlichen Verlust  
 für unsere künftige Milchversorgung, wird Milchvieh ge-  
 schlachtet, so führt unsere Abnehmer ein geringeres und dürrer  
 Milch- und Butterprodukt. Wir bitten daher die besten  
 Freunde mit, die gerade jetzt und in den kommenden Monaten bitter  
 nötig haben, Rindvieh nicht zu schlachten, mit denen produ-  
 zieren werden soll, zu verzichten, um aus den Metallteilen  
 Genaues und Gefährliches zu fabrizieren. Genau so wenig dür-  
 fen wir aber auch das Viehhandel vernichten, mit dem wir  
 unser Vieh, Fett und Milch erzeugen sollen und erzeugen  
 wollen. Nach in Kriegszeiten soll so wenig als irgend möglich  
 vom Produktionskapital getrennt werden; auf keinen Fall darf  
 dies aber geschehen, wenn die Verwertung des Kapitals eine  
 starke Gefahr für die Allgemeinheit mit sich bringt und wenn  
 ein solcher Erfolg des Verbrauchers zu rechnen und nötigen  
 Zeit nicht in Aussicht steht. Dieses nicht aber die gegen-  
 wärtige Vermehrung des Rindviehschlachtens zu. Das  
 Durchhalten des Viehs bei der herrschenden Futtermittelmangel-  
 heit schwer ist, kann ohne weiteres zugegeben werden. Allein das  
 Interesse der Allgemeinheit, das jetzt für jede Wirtschaft im  
 Reich oberste Maßstab sein muß, fordert dringend, daß alles  
 daran gesetzt wird, der Vermehrung der Rindviehschlachtungen  
 Einhalt zu tun. Wir brauchen auch im kommenden Jahre  
 Fleisch und Milch und Butter. Wie so viele andere Pro-  
 duktionen, ist auch der Viehhalter gegenüber Verbraucher und  
 Bernahmer des Guts seiner Volksgenossen. Um es treu zum  
 Wohle des Ganzen zu verwalten und zu pflegen, darf er An-  
 strengungen, und wenn es sein muß, auch Opfer nicht scheuen.“

### Für Wirtschaftsannäherung mit Oesterreich.

Wien, 23. Dezember. In der Sitzung des Ausschusses der  
 Agrarischen Zentralstelle wurde die wirtschaftliche  
 Annäherung Oesterreich-Ungarns an Deutschland eingehend  
 besprochen. Es kam allgemein der Wunsch zum Ausdruck, daß  
 die Annäherung an Oesterreich der gesamten Volkswirtschaft an-  
 zugute kommen sei und daß die eingeleiteten Verhandlungen mit  
 zunehmenden Agilität und dem Bund der Landwirte in Ber-  
 lin zu beschleunigen seien.

### Die Ausfuhr aus Rumänien.

Bukarest, 25. Dezember. Das Amtsblatt veröffentlicht  
 eine Verfügung der Zentralkommission, der zufolge von der  
 Ente 1915 ausgeführt werden dürfen: Weizen 60, Gerste  
 2, Erbsen und Bohnen je 50, Hafer 40 vom Hundert. Die  
 Ente 1914 kann ganz ausgeführt werden.

### Volksergötter.

Ein Widerreiter in Langenbrunn bei Dresden wurde vom  
 Landgericht zu zwei Monaten Gefängnis und 500 Mk. Geld-

strafe verurteilt, weil er dem von ihm gebrauchten und ver-  
 kauften Brot 14 Prozent Salzweiss zugesetzt hatte. Der Ver-  
 richt dieses Genüßlichen ist feinergeteilt, bevor der Ver-  
 höre geschlossen worden.

1000 Mark Geldstrafe wegen Schleichversteuereung. Die  
 Steuerkammer in Ebersfeld belegte den Kaufmann D r u b  
 u f u h aus Ebersfeld mit 1000 Mark Geldstrafe, weil er die von  
 der Regierung beschriebene Höchstpreise für Almetall erheblich  
 überschritten hatte. Er gab das Almetall zu den Preisen an  
 Munitionsfabriken, die für Ganz- und Halbpatrone fertige-  
 legt sind. Das Urteil hebt hervor, daß durch das Treiben des  
 Angeklagten die Metallpreise ungerechtfertigt in die Höhe ge-  
 trieben wurden.

## Gewerkschaftliches.

### Die gewerkschaftliche Frauenzeitschrift.

Das Vorstandsamt der Generalkommission der Ge-  
 werkschaften Deutschlands veröffentlicht in seiner neuesten  
 Nummer nachstehenden Bescheid für ein neues Blatt:

„Zum Januar 1916 ab erscheint im Verlage der Gener-  
 alkommission unter dem Titel: Gewerkschaftliche  
 Frauenzeitschrift ein Blatt, das beitragen soll, die Arbeit-  
 erinnen und weiblichen Angehörigen für die gewerkschaftlichen  
 Organisationen zu gewinnen. Durch Veranlassung von sach-  
 kundigen Mitarbeiterinnen für die verschiedenen, die Frau-  
 und Arbeiterzeitschrift interessierenden  
 Gebiete wird das Blatt sich zu einem Organ gestalten lassen,  
 das instand ist, sie mit dem Witzigen zu versehen, dessen sie  
 in ihrem Kampf mit der Existenz bedürfen.“

Die gewerkschaftliche Frauenzeitschrift wird  
 von einer Redaktion von Vorstandsvorsitzenden für ihre rechtlichen  
 Angelegenheiten besorgt und an diese gratis abgegeben. Durch  
 die Post ist das Blatt zum Preise von 40 Pf. (ohne Bestell-  
 geld) pro Vierteljahr bei allen Postanstalten zu beziehen.

Um auch den nicht erwerbstätigen Frauen von Gewerkschafts-  
 mitgliedern die Zeitung zu einem billigen Preise zugänglich zu  
 machen, können die Vorstandsvorsitzenden Abkommens für 20 Pf.  
 pro Exemplar und Quartal aufnehmen.

In den Gewerkschaften liegt es nun, für die weiteste  
 Verbreitung der gewerkschaftlichen Frauenzeitschrift Sorge zu  
 tragen. Soll das neue Blatt seine Aufgabe, die Arbeiterinnen  
 und Arbeiterinnen für die gewerkschaftliche Organisation zu  
 gewinnen, lösen können, dann muß es auch in die Hände der  
 gelangten, für die es bestimmt ist. Die gewerkschaftliche  
 Frauenzeitschrift soll in jedes Heim der organisierten Arbeiter  
 dringen, dieses Ziel muß im Interesse der Gewerkschaften er-  
 reicht werden.

Diese Neugründung entspricht beinahe einem Verlangen  
 der letzten Vorstandskonferenzen der Gewerkschaften. Es ist  
 in der Sache selbst enthalten aus der Abweisung, die  
 man sich gegen die Gewerkschaften gegen die Bildung der  
 sozialistischen Gleichheit empfindet. Das neue Frauen-  
 zeitschrift soll nun mehr die gewerkschaftliche Auffassung zum  
 Ausdruck bringen, die in jeder Beziehung der der Gleichheit ge-  
 gerade entgegengesetzt ist.

### Ein Protest der Kölner Arbeiter.

In Köln verurteilt das organisierte Unternehmertum, den  
 Bürgerkrieg dazu zu benutzen, um den Arbeiter einen ein-  
 seitig von den Unternehmern gegründeten und verwalteten  
 Arbeiterausschuss aufzuzwingen. Die Karteile der freien  
 Gewerkschaften, der christlichen Gewerkschaften und der deut-  
 schen Gewerksvereine werden sich in einer scharfen Erklärung  
 gegen diesen Vorstoß des Unternehmertums. Er wird als ein  
 Bruch des Bürgerkriegs bezeichnet, wie er nach Ansicht der  
 Arbeiter nicht schimmer gedacht werden kann. Die Indus-  
 triellen trügen ohne Rücksicht auf den Bürgerkrieg einen sehr  
 bedenklichen Eingriff in das gesamte Kölner Wirtschaftsleben.  
 Die Arbeiterorganisationen seien einmütig der Ansicht, daß  
 der geplanten Neugründung eines einseitigen Unternehmern  
 nachweislich von Sonderinteressen ausfließend sein können.  
 Deshalb erheben wir gegen diese weitere Verschlingung des  
 Kölner Arbeiterausschusses, empfinden Einspruch und  
 müssen jede Verantwortung für alle weiteren Folgen, die durch  
 diesen Vorstoß der Unternehmer entstehen, abweisen. Das  
 Gouvernement der Regierung Köln hat sowohl mit den Arbeiter-  
 organisationen wie mit den Unternehmern Verhandlungen ein-  
 geleitet.

**Das Volksblatt wird  
 im Felde gern gelesen!**

Für 70 Pfg. monatlich senden wir  
 es täglich an jede uns aufgebende  
 Feld-Adresse.

Zahlungen direkt an unsere Expedition,  
 Halle a. S., Burg 42/44, oder auf unser  
 Post-Scheckkonto Nr. 16105, Leipzig.

**Verlag Volksblatt Halle a. S.**



# den 3. Januar beginnt

## „Lorenzschahs „Groszer Kehraus“

Wer die seltenen Vorteile dieser Inventur-Veranstaltung kennt, wartet darauf!



Nur für  
 unsere Kunden  
 und die es  
 werden wollen.





